

# Asyldebatte: „Stehen hinter dem Kurs von Merz“

Diskussion um Migration: Das Vorgehen von CDU-Kanzlerkandidat Merz hat bundesweit für Demonstrationen gesorgt. Warum CSU-Politiker im Ostallgäu den Vorstoß für ein härteres Asylrecht dennoch für richtig halten.

Von Dirk Ambrosch

**Marktoberdorf/Ostallgäu** Der Vorstoß des CDU-Kanzlerkandidaten Friedrich Merz für ein härteres Asylrecht trifft auf Zustimmung bei der CSU im Ostallgäu. Kreisvorsitzender Lars Leveringhaus sagte, es sei richtig gewesen, „zu zeigen, dass die Union handlungsfähig ist“. CSU-Bundestagskandidat Stephan Stracke sagte, er stehe „ganz klar hinter dem Kurs von Friedrich Merz“.



Stephan Stracke

Deutschland brauche vor dem Hintergrund der jüngsten Gewalttaten eine „grundlegende Kurskorrektur“ beim Thema Migration. Der Vorstoß von Merz hatte in der vergangenen Woche auch scharfe Kritik ausgelöst. Weil der Migrationsantrag von CDU und CSU mit Stimmen der AfD eine Mehrheit fand, hatten bundesweit Hundert-

tausende gegen Rechtsextremismus demonstriert.

„Das Richtige wird nicht dadurch falsch, dass der Falsche zustimmt“, sagte Stracke, CSU-Kandidat für den Wahlkreis Ostallgäu. Der von Merz vorgelegte 5-Punkte-Plan zur Verschärfung der Asyl- und Einwanderungspolitik sei eine Reaktion auf die Gewalttaten von Solingen, Magdeburg und Aschaffenburg. Deutschland brauche eine „Migrationswende“. Insofern sei es nur folgerichtig und eine „logische Konsequenz“, dass die Union den Antrag und den Gesetzesentwurf ins Parlament eingebracht habe. „Sonst hätten es andere gemacht“, sagte Stracke. Deswegen sei es trotz der in Teilen heftigen Kritik keinesfalls ein taktischer Fehler gewesen. „Wir haben deutlich gemacht, wofür die Union steht. Wir müssen der Überforderung von Staat und

Gesellschaft ein Ende machen“, sagte Stracke, der sowohl Antrag als Gesetzesentwurf zustimmte.

Zwar sagte Stracke auch, er könne die Diskussionen und auch Irritationen nach den Debatten im Bundestag nachvollziehen. „Aber

die Brandmauer zur AfD ist keineswegs gefallen.“ Schließlich könne man im Parlament keinem vorschreiben, einem Antrag zuzustimmen oder ihn abzulehnen. Doch hätten sich SPD und Grüne dem Unions-Antrag aus „wahltak-



Das Vorgehen von CDU-Kanzlerkandidat Merz in der Migrationsdebatte hatte bundesweit Demonstrationen ausgelöst. Fotos: Christoph Soeder, Sebastian Gollnow, dpa

tischen Gründen“ verweigert. Stracke stellte klar: „Es wird mit der AfD keine Zusammenarbeit oder Koalition geben. Das gab es noch nicht und das wird es auch nicht geben. Die AfD ist ein Gegner des Systems.“

CSU-Kreisvorsitzender Leveringhaus sagte, es gebe einen breiten gesellschaftlichen Konsens „die Zuwanderung zu steuern, zu ordnen und zu begrenzen“. Insofern werte er auch den Merz-Vorstoß als positiv. „Die Wählerinnen und Wähler wissen jetzt, woran sie sind.“ Als „enttäuschend“ bezeichnet Leveringhaus, dass das Migrationsgesetz der Union am vergangenen Freitag keine Mehrheit „in der Mitte des Parlaments“ gefunden habe. Differenziert betrachtet Leveringhaus den Migrationsantrag, den die Union am vergangenen Mittwoch auch mit Hilfe der AfD durchsetzte: In der Sache gut, aber der Weg „lässt vielleicht auch Kritik zu“.